8 AZR 2/19 - Das Geschlecht der Lehrkraft als zulässige berufliche Anforderung im Sportunterricht?

Der Kläger hatte sich im Juni 2017 ohne Erfolg bei dem Beklagten, einer genehmigten Privatschule in Bayern, auf die für eine „Fachlehrerin Sport (w)“ ausgeschriebene Stelle beworben. Mit seiner Klage verlangt er von dem Beklagten eine Entschädigung nach § [15 Abs. 2 AGG](#) mit der Begründung, der Beklagte habe ihn entgegen den Vorgaben des [AGG](#) wegen seines Geschlechts benachteiligt. Der Beklagte meint, die Nichtberücksichtigung des Klägers im Stellenbesetzungsverfahren sei nach § [8 Abs. 1 AGG](#) zulässig gewesen. Das Schamgefühl von Schülerinnen könnte beeinträchtigt werden, wenn es bei Hilfestellungen im nach Geschlechtern getrennt durchgeführten Sportunterricht zu Berührungen der Schülerinnen durch männliche Sportlehrkräfte komme bzw. diese die Umkleieräume betreten müssten, um dort für Ordnung zu sorgen.

Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Die Revision des Klägers hatte vor dem Achten Senat des Bundesarbeitsgerichts Erfolg. Der Kläger hat dem Grunde nach einen Anspruch auf [Zahlung](#) einer Entschädigung nach § [15 Abs. 2 AGG](#). Entgegen der Annahme des Landesarbeitsgerichts hat der Beklagte nicht den Vorgaben des [AGG](#) und des Unionsrechts entsprechend dargetan, dass für die streitgegenständliche Stelle ein geschlechtsbezogenes Merkmal eine wesentliche und entscheidende sowie angemessene berufliche Anforderung iSv. § [8 Abs. 1 AGG](#) ist. Über die Höhe der Entschädigung konnte der Senat aufgrund der bislang vom [Landesarbeitsgericht](#) getroffenen Feststellungen nicht selbst entscheiden. Dies führte zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der [Sache](#) an das [Landesarbeitsgericht](#) zur neuen Verhandlung und Entscheidung.

*[Bundesarbeitsgericht](#), Urteil vom 19. Dezember 2019 - [8 AZR 2/19](#) - [BAG PM 48/2019](#)
Vorinstanz: [Landesarbeitsgericht](#) Nürnberg, Urteil vom 20. November 2018 - 7 Sa 95/18 -*